

TRIBÜNE



PB-PP|B-00802
BELGIE(N)-BELGIQUE

MAI 2023

CGSP - AZÖD

FGTB ÖFFENTLICHER DIENST
Gemeinsam stark

**EIN GEMEINSAMER
1. MAI**

DOSSIER S. 4-7

**EINE GEMEINSAME
ZUKUNFT**

79^e année - n°23 - mai 2023 (trimestriel) | dépôt CHARLEROI X | P402047 | retour : CGSP place Fontainas, 9/11 1000 Bruxelles



WENN ERST MAL ALLES IN PRIVATER HAND IST, STEHEN WIR MIT LEEREN HÄNDEN DA!



LEITARTIKEL S. 3
Von der Theorie zur
Praxis...



WIRTSCHAFT S. 12
Die IRW verleiht ihren
ersten Preis
Interview mit dem Preisträger



KANDIDATENAUFTRUF S. 14
CGSP, IRW-CGSP
UND IRB-CGSP

INHALTSVERZEICHNIS ■■■

- 3 LEITARTIKEL**
Von der Theorie zur Praxis...
- 4 DOSSIER**
Wir fordern die Rückkehr der Ungleichheiten in den Fokus der politischen Debatte
- 8 MEDIEN**
Der 1. Mai ist mehr als nur ein F(r)eier Tag
- 9 UNSERE GESCHICHTE**
September 1983: Der Streik der CGSP vereitelt den Neoliberalismus
- 11 UNSERE KULTUR**
Le Temps des Cerises
- 12 IRW-CGSP PREIS**
Interview mit dem Preisträger
- 14 SATZUNGSMÄSSIGE KONGRESSE**
Kandidatenaufruf CGSP, IRW-CGSP, IRB-CGSP



VON DER THEORIE ZUR PRAXIS...



"Un jour j'irai vivre en Théorie, parce qu'en Théorie tout se passe bien" (Eines Tages werde ich in Theorie leben, denn in Theorie läuft alles rund, Anm. d. Übers.) - vielleicht ist es dieser Satz des Komikers Pierre Desproges, der unseren Premierminister in Sachen Renten zu dessen Kommunikationsstrategie inspiriert hat.

In der Tageszeitung L'Echo vom 2. April steht zu lesen, dass laut Alexander De Croo "arbeiten bis 67 ein theoretisches Konzept" sei, während die Regierung bis zu den Sommerferien noch eine neue Rentenreform auf die Schiene setzen will.

Indem er die Möglichkeit, bis 67 zu arbeiten, in den Bereich der Theorie rückt, versucht der Premierminister wohl, die Gemüter zu beschwichtigen und die Situation zu entdramatisieren.

Warum sollte man sich über eine Maßnahme, deren Folgen nur theoretischer Natur sind, Sorgen machen und sich ihr widersetzen? Ist das nicht pure Zeit- und Ressourcenverschwendung?

Bei seinem Versuch, die Proteste gegen seine Reform im Voraus zu entschärfen, deutet der Premierminister bereits an, dass diese unbeliebt sein wird und zweifelsohne die Debatte über das Renteneintrittsalter wieder entflammen wird. Dieser harmlose Satz ist also sowohl ein Eingeständnis von Schwäche als auch eine Warnung.

„Ein Eingeständnis von Schwäche“, da er aufdeckt, dass die Regierung Angst vor sozialen Protesten hat, zumal unsere französischen Kameraden uns derzeit mit gutem Beispiel vorangehen.

"Eine Warnung", weil er uns auffordert, wachsam zu bleiben, sodass wir, falls erforderlich, schnell und konsequent die Gegenwehr organisieren können.

Würde diese schwache Regierung weniger als ein Jahr vor den Wahlen eine starke soziale Bewegung überleben können?

Aber es kommt noch schlimmer: Dieser unauffällige Satz ist zunächst einmal überheblich gegenüber denjenigen, die nicht das Glück haben, "in der Theorie zu leben, wo alles rund läuft". Er klingt wie eine Offenbarung der wachsenden Kluft zwischen bestimmten politischen Entscheidungsträgern und der tatsächlich gelebten Realität.

Kommen wir also von der Theorie zur Praxis, zur effektiven Realität. Im "wirklichen Leben" verschleißt Arbeit, sie beschädigt, sie verletzt und manchmal tötet sie auch.

Nennen wir nur ein Beispiel, nämlich das der Lebenserwartung.

Verschiedene Studien belegen, dass die Lebenserwartung jener Erwerbstätigen mit den schwierigsten Arbeitsbedingungen um mehrere Jahre verkürzt ist. Dasselbe gilt für die Lebenserwartung bei guter Gesundheit.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2011 betrug damals die durchschnittliche Lebenserwartung in Belgien für einen Mann ohne Arbeitsunfähigkeit 65 Jahre. Sie variierte jedoch zwischen (nur!) 53 Jahren im Falle von Personen ohne Abschluss und 71 Jahren für Personen mit Hochschulabschluss. Der Korrektheit halber sei erwähnt, dass es sich hierbei um Durchschnittswerte handelt.

Die Menschen bis 67 arbeiten zu lassen, ist keine Theorie, sondern eine Unschicklichkeit, die im krassen Gegensatz zur historischen Bewegung der Arbeitszeitverkürzung steht.

Es ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die sich während ihrer gesamten Karriere im Job verschlissen haben. Denn wenn man von der Theorie zur Praxis übergeht, merkt man schnell, dass es keine leichte Arbeit gibt, sondern dass jede Art von Arbeit, in unterschiedlichen Abstufungen, Geist und Körper beeinflusst.

Der politische Diskurs ist in der Lage, die Geschichte zu erzählen und eine Weltanschauung vorzuschlagen. Das tut der Premierminister, wenn er Fragen, die uns am stärksten tangieren, als Theorie präsentiert. Das tun Experten, wenn sie erklären, dass da man länger lebt, auch länger arbeiten müsse.

Auch hier, auf dem Schlachtfeld des Diskurses, gilt es, ein Kräfteverhältnis aufzubauen. Denn definieren, was Theorie ist und was nicht, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Frage des politischen Kampfes, der Schlacht um Ideen.

Überlassen wir es nicht den anderen, an unser statt zu sprechen, sondern lasst uns wieder das Wort ergreifen, verschaffen wir uns Gehör und trauen wir uns, unsere eigene Version der Geschichte zu erzählen!

Patrick LEBRUN
Generalsekretär IRW-CGSP

Laurent PIRNAY
Stellv. Generalsekretär IRW-CGSP

DAS THEMA UNGLEICHHEITEN MUSS WIEDER IN DEN MITTELPUNKT DER POLITISCHEN DEBATTE GERÜCKT WERDEN

Um Ungleichheiten bekämpfen zu können, muss man sie zunächst in den Fokus der öffentlichen Debatte rücken und in der Lage sein, konkrete Daten zu liefern, die eine Bestandsaufnahme der Situation ermöglichen. Dazu kann man sich auf verschiedene Dokumente und Analysen stützen, die ein Gesamtbild der Ungleichheiten in der Welt und in Belgien geben.

Mitte Februar haben etwa 20 Forscher, Professoren, soziale Akteure und Vereinigungen eine neue Denkfabrik¹ mit dem Namen "InES" für "Inclusion, Egalité, Solidarité" » (<https://inesthinktank.be/>) ins Leben gerufen.

In unserem Land, wo das Kapital im Vergleich zur Arbeit kaum besteuert wird, nehmen die Ungleichheiten weiter zu. Die Erkenntnisse lassen keinen Zweifel zu: 19 % der Bevölkerung sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Gleichzeitig besitzen 1 % der reichsten Belgier zusammen mehr Vermögen als 70 % der restlichen Bevölkerung. Wir leben in der Welt nach Corona, und sie ist nicht besser, im Gegenteil: Und Themen wie Ungleichheiten glänzen im öffentlichen Diskurs nach wie vor durch Abwesenheit.

Mehr denn je sind Ungleichheiten ein wichtiges politisches Thema, und ja, wir wissen seit den Arbeiten des italienischen Politphilosophen Norberto Bobbio², dass die Trennlinie zwischen der Linken und der Rechten - die sogenannte "Links-Rechts-Spaltung" - entlang der Achse der Gleichheit verläuft. Der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Lagern liegt in ihrer Einstellung zum Begriff Gleichheit: Für die Linke sind Ungleichheiten sozial bedingt und müssen, wenn sie schon nicht ganz abgeschafft werden können, zumindest korrigiert werden. Für die Rechte hingegen sind sie natürlicher Art, und es ist nicht wünschenswert, auf ihre Beseitigung zu hoffen, da sie essenziell für den Aufbau des Sozialwesens sind. Ungleichheiten zu bekämpfen, das wussten wir, das geht nur im linken Lager!

SURVIVAL OF THE RICHEST

Jedes Jahr im Januar veröffentlicht die internationale Nichtregierungsorganisation Oxfam ihren globalen Ungleichheitsbericht. In diesem Jahr trägt er den Titel „La loi du plus riche³“ (Engl. "Survival of the Richest") und liefert wertvolle Daten für alle, die sich vom Status quo abwenden wollen. Wir haben bereits letztes Jahr in der März-Ausgabe 2022 von Tribune (S. 9-10) darüber

berichtet: "Ungleichheiten töten!", und die aktualisierten Zahlen für 2022 sind alles andere als beruhigend.

Oxfam berichtet, dass laut Weltbank (WB)⁴ zum ersten Mal seit 25 Jahren ein gleichzeitiger Anstieg des extremen Reichtums und der extremen Armut zu verzeichnen ist.

Oxfam stellte bereits vor einem Jahr fest: "Obgleich in den vergangenen 30 Jahren erhebliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Geißel Armut erzielt wurden, ist der Trend der letzten Jahre sehr besorgniserregend. Vorläufigen Schätzungen zufolge, die die Auswirkungen von Covid-19 einbeziehen, leben heute etwa 700 Millionen Menschen in extremer Armut (Tendenz steigend), und die COVID-19-Pandemie, Konflikte und der Klimawandel bergen das Risiko, dass viele Menschen in prekären Verhältnissen erneut in extreme Armut geraten. 700 Millionen Menschen, das ist jeder zehnte Mensch auf der Welt".

Die Corona-Pandemie hat die Lage verändert, indem sie nach mehr als zwei Jahrzehnten den ersten Anstieg der extremen Armut in der Welt bewirkt und die Weltbank zu der Aussage veranlasst hat, dass "die Corona-Pandemie einen deutlichen Rückschlag bei der Armutsbekämpfung verursacht hat - wahrscheinlich den größten seit dem Zweiten Weltkrieg". Die internationale Bankinstitution gab zudem bekannt, dass die Welt nicht in der Lage sein wird, die extreme Armut bis 2030 auszumerzen, so wie von der UN-Generalversammlung im Rahmen ihrer 2015 verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung gefordert.

Dem Oxfam-Bericht zufolge hatten die reichsten 1% im letzten Jahrzehnt zwar bereits 54% des neuen Weltvermögens an sich gerissen, doch allein in den letzten zwei

1. Think Tank (englisch für "Denkfabrik" oder "Ideenschmiede").

2. N. Bobbio, *Droite et Gauche, Seuil / Essais*, Paris, 1996.

3. Frei zugänglich auf Französisch unter: https://www.oxfamfrance.org/wp-content/uploads/2023/01/Davos_2023_french_full_report.pdf.

4. World Bank (2022), *Poverty and Shared Prosperity: Correcting Course*. <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/37739/9781464818936.pdf>.

Jahren hat sich diese Zahl auf 63% gesteigert! Die Gruppe der Milliardäre wiederum ist um 2,6 Milliarden US-Dollar reicher als vor der Pandemie, und das, obwohl ihr Vermögen nach dem Rekordhoch von 2021 im Jahr 2022 leicht zurückging.

Ein weiterer Aspekt, den der Oxfam-Bericht hervorhebt, ist der - durch Studien belegte - Zusammenhang zwischen den steigenden Unternehmensgewinnen und der Inflation in mindestens drei Ländern: Australien, den USA und Großbritannien. Ganz zu schweigen von der Feststellung seitens der größten Gewerkschaftsorganisation Spaniens (Confederación Sindical de Comisiones Obreras): Die Unternehmensgewinne sind für 83,4 % der Preissteigerungen im ersten Quartal 2022 verantwortlich.⁵

Schließlich zeigen Oxfams Recherchen, dass die Ultra-reichen die größten individuellen Verursacher der Klimakrise sind: Das reichste Prozent der Menschheit ist aufgrund ihres Lebensstils und ihrer umweltschädlichen Investitionen für doppelt so viele Kohlendioxidemissionen verantwortlich wie die ärmsten 50 %. Ungleichheit ist auch Umweltsache.

UNGLEICHHEITEN HAUSGEMACHT

2013 veröffentlichte der französische Ökonom Thomas Piketty *Le Capital au XXIe siècle*, eine Studie über die Verteilung von Reichtum; das Buch war ein durchschlagender Erfolg und wurde in über 37 Sprachen übersetzt. Seine Ergebnisse waren zwar umstritten, haben aber das Wissen hinsichtlich der „Langzeitdynamik“ der Ungleichheit

erheblich verändert und die optimistische Annahme eines Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Einkommensverteilung radikal in Frage gestellt. In der Folge entwickelte Piketty mit einem internationalen Netzwerk eine Online-Datenbank. "World Inequality Database"⁶, die von mehr als hundert Forschern auf allen Kontinenten gespeist wird, vom Laboratory on World Inequalities⁷ verwaltet wird und beispiellose globale Daten über Vermögen und Einkommen zur Verfügung stellt.

Diese Datenbank erinnert uns daran, dass das Durchschnittseinkommen eines Landes ein schlechter Indikator für den Grad der Ungleichheit in diesem Land ist: Unter den Ländern mit hohem Einkommen gibt es einige, die sehr ungleich sind (z. B. die USA), während andere relativ egalitär sind (z. B. Schweden). In Bezug auf Belgien zeigt die Datenbank, dass sich die Kluft zwischen dem reichsten Prozent der Bevölkerung und den ärmsten 20 % in den letzten 20 Jahren vergrößert hat.

Der Bericht für das Jahr 2022⁸, der die aktuellsten Arbeiten der internationalen Forschung über globale Ungleichheiten zusammenfasst, zeigt, dass die Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen heute sehr stark ausgeprägt sind. Und letztere sind noch ausgeprägter als erstere. So ist die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung praktisch vermögenslos, da sie nur 2 % des Gesamtvermögens

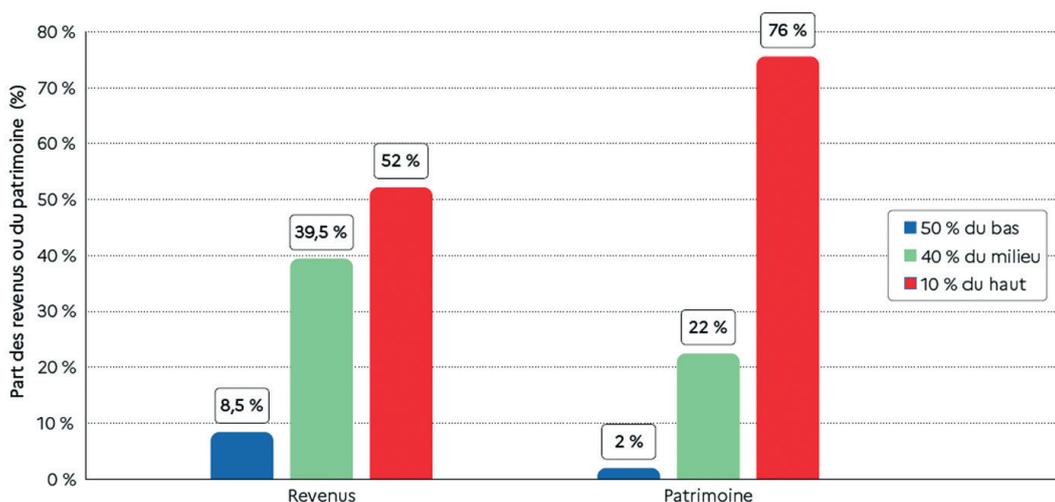
5. Auf Spanisch hier verfügbar: [39cc044bf4810efa107916829e0e8d1c000001.pdf](https://www.ccoo.es/39cc044bf4810efa107916829e0e8d1c000001.pdf) (ccoo.es).

6. <https://wid.world/>.

7. <https://inequalitylab.world/fr/>.

8. <https://wir2022.wid.world/>.

Grafik 1: Globale Einkommens- und Vermögensungleichheiten 2021



Erläuterung: 50% der niedrigsten Einkommen erfassen 8% des Gesamteinkommens gemessen an der Kaufkraftparität. 50% der Weltbevölkerung besitzen 2% des Vermögens (an zur Kaufkraftparität). Die reichsten 10% Einzelpersonen besitzen 76% des gesamten persönlichen Vermögens und erfassen 52% des Gesamteinkommens im Jahr 2021. Einzelpersonen mit dem größten Vermögen sind nicht zwangsläufig jene mit den höchsten Einkommen. Das Einkommen wird nach Anwendung der Renten- und Arbeitslosenunterstützungssysteme und vor Steuer und Transfers berechnet. **Quelle:** wir2022.wid.world/methodology.

besitzt. Im Gegensatz dazu besitzen die reichsten 10 % der Bevölkerung 76 % des Vermögens.

Seit den 1980er Jahren haben die Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen fast überall – wenn auch unterschiedlich - zugenommen, was auf Deregulierungs- und Liberalisierungsprogramme zurückzuführen ist: In einigen Ländern (vor allem in den USA, Russland oder Indien) war der Anstieg spektakulär, in anderen Regionen (in Europa, China) war er moderater. Der Bericht geht noch weiter und weist darauf hin, dass die globale Ungleichheit heute so stark zu sein scheint wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als der westliche Imperialismus und die Kolonialherrschaft auf ihrem Höhepunkt waren. Am deutlichsten hat die Ungleichheit innerhalb der Länder (und nicht etwa untereinander zwischen den Ländern) zugenommen: Das Verhältnis zwischen dem Durchschnittseinkommen der reichsten 10 % der Menschen und dem Einkommen der ärmsten 50 % der Menschen hat sich in den Ländern von 8,5 auf 15 fast verdoppelt. Aufgrund dieses sprunghaften Anstiegs der inländischen Ungleichheiten ist die Welt trotz des wirtschaftlichen Aufholprozesses und des starken Wachstums der Schwellenländer auch heute noch sehr ungleich aufgestellt.

Auch hier zeigt sich, dass die globalen Einkommens- und Vermögensunterschiede eng mit den ökologischen Ungleichheiten und den ungleichen Beiträgen zum Klimawandel zusammenhängen. Die neuen Daten verdeutlichen große Ungleichheiten innerhalb der Weltbevölkerung: Die 10% größten Emittenten sind für fast 50% aller Emissionen verantwortlich, während die unteren 50% nur für 12% verantwortlich sind. Diese Ungleichheit ist nicht einfach eine Frage von „reiches oder armes Land“, da es große

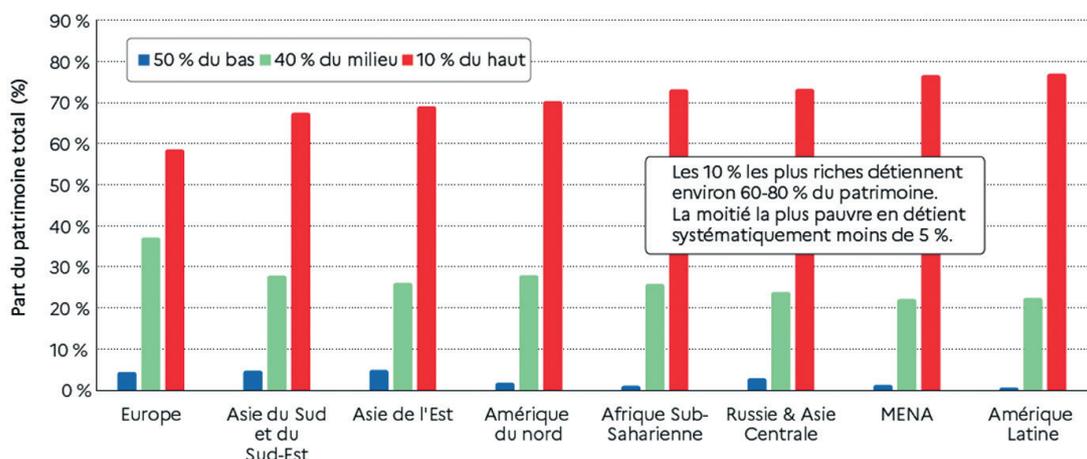
Emittenten in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen gibt, ebenso wie kleine Verursacher in reichen Ländern. Das Ausmaß dieser Ungleichheiten legt nahe, dass die Klimapolitik stärker auf die wohlhabenden Verursacher abzielen sollte. Bisher haben diese Maßnahmen (z.B. CO2-Steuern) jedoch oftmals die unteren und mittleren Einkommensgruppen unverhältnismäßig stark getroffen, ohne etwas an den Konsumgewohnheiten der wohlhabenderen Gruppen zu verändern.

DER WALLONISCHE INDEX DER SOZIALEN LAGE

Um die Situation in Wallonien besser zu erfassen, kann man sich auch auf den "Index der sozialen Lage" (ISS) stützen, einen der Indikatoren, die das "Bruttoinlandsprodukt" (BIP) ergänzen und vom Iweps entwickelt wurden, um auch die verborgene Seite der klassischen sozio-ökonomischen Indikatoren zu erfassen⁹. Der ISS ist ein Gesamtindex, der eine Reihe von Schlüsselindikatoren zusammenfasst, die zwei Analysedimensionen beinhalten: die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der regionalen Bevölkerung einerseits und die sozioökonomischen Ungleichgewichte in Wallonien andererseits. Dieser Datenvergleich ermöglicht es, das Wohlstandsniveau und die Unterschiede in der Lebensqualität innerhalb der wallonischen Bevölkerung zu erfassen. Seit 2004 besteht das Hauptziel des ISS darin, jedes Jahr eine Bilanz der sozialen Entwicklung Walloniens im Vergleich zur Entwick-

9. « Indice de situation sociale (ISS) de la Wallonie », <https://icpib.iweps.be/indice-situation-sociale-wallonie.php>.

Grafik 4: Extreme Kapitalkonzentration: Globale Vermögensungleichheit 2021



Erläuterung: In Lateinamerika besitzen die reichsten 10% 77% des persönlichen Vermögens. Die 40% des mittleren Spektrums besitzen 22% und die ärmsten 50% besitzen 1%. In Europa betragen diese Werte jeweils 58%, 38% und 4%. **Quelle:** wir2022.wid.world/methodology.

lung des Pro-Kopf-BIP, das den wirtschaftlichen Fortschritt misst, zu ziehen. Auf diese Weise macht er sichtbar, was das Pro-Kopf-BIP nicht zeigt.

Im jüngsten und 9. Bericht des ISS "Analyses et perspectives sur les conditions de vie et les inégalités sociales en Wallonie"¹⁰ stellt das Iweps fest, dass sich die soziale Lage in Wallonien zwischen 2004 und 2021 verbessert hat, jedoch proportional weniger ausgeprägt ist im Vergleich zur Entwicklung des Pro-Kopf-BIP. Das bedeutet, dass sich die Ungleichheiten zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen in der wallonischen Gesellschaft verschlechtert haben, obwohl der wirtschaftliche Wohlstand gestiegen ist (abgesehen von dem Rückgang des BIP im Jahr 2020 aufgrund der Covid-19-Krise).

Seit 2016 nehmen die sozialen Ungleichheiten stark zu: ein immer schwierigerer Zugang zu Wohnraum für prekarierte Bevölkerungsgruppen und eine Verschärfung der Energiearmut; eine Verstärkung des relativen Unterschieds bei den Beschäftigungsquoten zwischen Arbeitnehmern mit niedrigem und hohem Bildungsabschluss; eine Verarmung junger Menschen (18-24 Jahre), die immer häufiger das ÖSHZ in Anspruch nehmen, um das Einkommen zur sozialen Eingliederung zu erhalten.

Diese Analyse zeigt, dass die Verflechtung der Krisen und Umbrüche, die sich in den letzten Jahren vervielfacht haben - Covid-19, Krieg in der Ukraine, Energiekrise ... - die gesamte Bevölkerung betrifft und eine qualitative und quantitative Verschlechterung der Situation vieler Menschen verursacht, von denen sich viele bereits in prekären Verhältnissen befanden.

Die für das Jahr 2021 geschätzten Ergebnisse zeigen eine Erholung der Wirtschaftstätigkeit und eine Beibehaltung der durchschnittlichen sozialen Lage der Wallonen und Walloninnen, was höchstwahrscheinlich mit den öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen zusammenhängt. Dies bestätigt die positive und essenzielle Wirkung staatlicher Maßnahmen, öffentlicher Dienstleistungen und somit öffentlicher Ausgaben zur Unterstützung der Bürger.

UNGLEICHHEITEN WIEDER IN DEN FOKUS DER POLITISCHEN DEBATTE RÜCKEN

Die Daten, die auf eine Verschlechterung der sozialen Lage und eine Zunahme der Ungleichheiten hindeuten, sind also vorhanden, die Quellen sind vielfältig, wallonisch, belgisch oder international. Um es mit den Worten des Soziologen Andrea Rea, einem der Gründungsmitglieder des InES-Thinktanks, zu sagen: "Natürlich muss man Reichtum schaffen, um ihn zu teilen, aber der Trickle-Down-Effekt (man wird an der Spitze reicher, was Wohlstand in den unteren Schichten schafft) hat ausgedient, man muss die Frage der Ungleichheiten wieder an den Anfang stellen. Die Wirtschaft ist im Leben verankert; dort also, bei den Menschen, muss man ansetzen, nicht bei den Märkten."¹¹

Eine Schlüsselvariable, die in allen Berichten hervorgehoben wird, ist die Ungleichverteilung von Vermögen und die Weitergabe des letzteren. Um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, ist eine umfassende Umverteilung von Einkommen und Vermögen durch stark progressive Steuersätze erforderlich.

10. <https://www.iweps.be/publication/indice-de-situation-sociale-de-la-wallonie-iss-9e-exerciceanalyses-et-perspectives-sur-les-conditions-de-vie-et-les-inegalites-sociales-en-wallonie/>.

11. Interview von Andrea Rea und Céline Nieuwenhuys, "Le nouveau think tank "InES" veut lutter contre les inégalités en Belgique", Le Soir, 14/02/2023.



@OXFAM

DER 1. MAI ... IST MEHR ALS NUR EIN F(R)EIER TAG...

Der 1. Mai, ein Feiertag, der Tag der Arbeit und vor allem ein Tag, an dem Forderungen gestellt werden. Warum der 1. Mai? Man muss den Atlantik überqueren, um zu den Ursprüngen dieses Feier- und Forderungstages zu gelangen. Im Jahr 1884 beschließen die amerikanischen Gewerkschaften ab dem 1. Mai Aktionen durchzuführen, um für die Arbeitnehmer den Achtstundentag durchzusetzen. Sie geben sich zwei Jahre Zeit, um diese Forderung zu verwirklichen.

Dieses Datum wurde nicht zufällig gewählt, da der 1. Mai für viele Unternehmen der erste Tag des Geschäftsjahres war. Mit der Wahl dieses Datums wollte die Arbeiterschaft von Anfang an Druck auf die Arbeitgeber ausüben. Im Jahr 1886 war der 1. Mai gleichbedeutend mit einem Generalstreik, der in einigen Fällen mehrere Tage andauerte. In Chicago gab es bei Zusammenstößen mehrere Tote, und später wurden Gewerkschafter zum Tode verurteilt.

Da die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt wurden, schwappte die Bewegung weit über die USA hinaus und

breitete sich in ganz Europa aus. Die 2. Sozialistische Internationale griff dieses Datum auf, um ihre Forderung nach "3X8", d. h. 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe und 8 Stunden Freizeit, zu untermauern. Überall marschierten Arbeiter mit einem roten Dreieck an der Knopfleiste, um die Dreiteilung des Tages zu signalisieren. Die Kundgebungen waren manches Mal blutig, so etwa 1891 in Fourmies in Nordfrankreich, als die Armee in die Menge schoss und dabei neun Menschen tötete und etwa 30 weitere verletzte.

In Belgien ließ Minister Joseph Wauters am 14. Juni 1921 das 8-Stunden-Gesetz verabschieden. Der 1. Mai ist bei uns seit 1946 ein gesetzlicher Feiertag.

Die **IRW-CGSP** empfiehlt Ihnen die Geschichte des 1. Mai und des Massakers von Fourmies als Video in unserer Reihe "Vergessene Geschichten" mit dem schlichten Titel "Der 1. Mai". Sie können sich das Video auf YouTube und in unseren sozialen Netzwerken anschauen (Beitrag nur auf Französisch: Histoires oubliées - Le 1er Mai).



SEPTEMBER 1983

STREIK DER CGSP VEREITELT NEOLIBERALISMUS

Der Streik, der vor vierzig Jahren vom 9. bis 23. September 1983 den gesamten öffentlichen Dienst lahmlegte, kann wohl als einer der größten Sozialkonflikte seit dem Winterstreik von 1960-1961 betrachtet werden. Im Kampf gegen die Sparmaßnahmen der Regierung Martens-Gol stellte sich die CGSP damals der Dampfwalze des aufkommenden Neoliberalismus in den Weg.

Während zu Beginn der 1980er Jahre eine belgische Regierung nach der anderen aufgrund von Gemeinschaftsfragen stürzt, ist auch die Wirtschaft krisengebeutelt. Belgien wird mit voller Wucht von der zweiten Ölkrise getroffen. Die Arbeitslosenzahlen schießen in astronomische Höhe, die Zechen schließen und die wallonische Stahlindustrie verkümmert. Die Gewerkschaften machen mobil gegen die Sondervollmachten, die die Regierung Martens V (PSC-PRL) ab 1982 einsetzt.

SONDERVOLLMACHTEN

SOhne Zustimmung des Parlaments¹, und um das Staatsdefizit in den Griff zu bekommen, führt der Staat einen mehrjährigen Sanierungsplan ein, der unter anderem eine Abwertung des belgischen Franken und drei Index-"Sprünge" von 2 % beinhaltet. Diese werden von drakonischen Maßnahmen wie Einfrieren der Löhne, Mehrwertsteuererhöhung, Nullwachstum der öffentlichen Finanzen und Haushaltskürzungen begleitet. Der öffentliche Dienst ist stark betroffen: obligatorische Teilzeitarbeit in den Ministerien, Besteuerung des Urlaubsgeldes, Streichung der Jahresendprämie, Angriffe auf das Rentensystem und vor allem, als Tropfen, der das Fass der Wut zum Überlaufen bringt, der "Solidaritätsbeitrag"², zu Lasten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Ohne soziale Konzertierung entlässt die Regierung (unter der Leitung von Jean Gol in Abwesenheit des hospitalisierten Wilfried Martens) Tausende von Beamten, gewährt jedoch gleichzeitig eine Steueramnestie, eine Senkung der Körperschaftssteuer und Abzüge für Risikokapital. Der Martens-Gol Plan lautet, dass der Staat die Schulden der großen Privatunternehmen übernehmen und das belgische Schuldenloch durch den Abbau des öffentlichen Dienstes und der sozialen Sicherheit zurückzahlen soll. Dies ist das mittlerweile klassische Schema des Neoliberalismus: Sparen auf Kosten der Arbeitnehmer und Deregulierung zugunsten der Reichen.



IM ARBEITSKAMPF!

Die Reaktionen lassen nicht lange auf sich warten! Mehrere Streiks werden bereits im Frühjahr 1982 organisiert, aber der Kraftakt findet vom 9. bis 23. September 1983 statt, zum Zeitpunkt als der Haushalt für 1984 vorgestellt wird, und es zu einem Generalstreik im gesamten öffentlichen Dienst kommt!

Mitten in der von der CGSP geführten Sensibilisierungskampagne beschließen die Eisenbahner von Charleroi am Morgen des 9. September, in den Streik zu treten. Die Entschlossenheit ist so groß, dass ab Montag, dem 12. September, die gesamte SNCB bestreikt wird. Am Donnerstag, dem 15. September, schließt sich die gesamte CGSP der Bewegung an, gefolgt von den christlichen und den liberalen Gewerkschaften. Der gesamte öffentliche Dienst steht still. Die FGTB erklärt sich solidarisch und einige Privatunternehmen, wie Volkswagen Forest, legen die Arbeit nieder. Leider jedoch wird kein nationaler Aktionsplan vorgeschlagen. Die CGSP hält zehn Tage lang durch und beschließt auf ihrem "Kampfkongress" am 19. September, den Streik fortzusetzen.

Die Regierung spürt den Widerstand. Sie macht einige Maßnahmen rückgängig, insbesondere im Bereich der Renten, und macht Versprechungen, die die christliche und die liberale Gewerkschaft dazu bringen, die Aktionen einzustellen. Die CGSP steht nun allein auf weiter Flur, und am 21. Sep-

1. Sondervollmachten ermöglichen es der Exekutive, auf raschem Weg Bestimmungen zu erlassen, die unter normalen Umständen in Gesetzestexte gegossen werden müssten.

2. Die Regierung Martens beschließt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als Ausgleich für die "Stabilität" ihres Arbeitsplatzes einen progressiven Solidaritätsbeitrag von 0,9 bis 2,7 % zahlen müssen...

tember betrifft der allgemeine Streik nur noch die Eisenbahner. Die CGSP sieht sich daraufhin mit einer schmerzhaften Entscheidung konfrontiert. Die CSC und die SLFP haben den Kampf eingestellt. In Flandern haben viele öffentliche Dienste die Arbeit wieder aufgenommen. Außerdem ist keine Ausweitung der Bewegung auf den Privatsektor zu erwarten. Unter diesen Umständen wäre es unverantwortlich, weiterzumachen. Während er die letzten Schlichtungsvorschläge der Regierung ablehnt, beschließt der nationale CGSP-Vorstand am 23. September, den Streik auszusetzen.

EINE STAATSSCHULDENKRISE, DIE IN LÜTTICH BEGINNT

Diese Krise der Staatsfinanzen begann in Belgien bereits vor 1983, und in den Jahren 1982-1985 beschleunigte sie sich weiter, wodurch die Staatsverschuldung von 67,3 % des BIP im Jahr 1981 auf 106,2 % im Jahr 1986 anstieg. Die Situation der Stadt Lüttich ist unter diesem Gesichtspunkt emblematisch für den Zustand der lokalen Finanzen in den Großstädten. Als die Krise 1982 ausbrach, belief sich die Gesamtverschuldung der feurigen Stadt auf 45 Milliarden BFR. Nachdem die Regierung im März den belgischen Franken um 8,5 % abgewertet hatte, blockierte sie die Mittel der Stadt und machte sie von einem drastischen Sanierungsplan abhängig. Im April erklärt sich die Stadt für zahlungsunfähig und zahlt die Gehälter nur teilweise oder verspätet aus³. Die "Communaux", wie die Beschäftigten der Stadt damals genannt wurden, beginnen daraufhin einen langwierigen Kampf und führen ab April Aktionen durch. Der Widerstand der Gewerkschaften ist so groß, dass die Armee die streikenden Müllmänner ersetzen muss.

Trotzdem beschließt das Kollegium im Juli 1983 eine Reihe von Plänen, die die Beschäftigung vollständig abbauen. Die wöchentliche Arbeitszeit wird um zwei Stunden erhöht, die Gehälter werden um 15 bis 30 % gekürzt und die Beschäftigung um 33 % abgebaut. Mehrere Abteilungen werden geschlossen, darunter auch in Krankenhäusern, während andere an die Privatwirtschaft verkauft werden.

Die Schuldenkrise wird es dem Privatsektor daher langfristig ermöglichen, wesentliche Teile des öffentlichen Dienstes an sich zu reißen.



DIE NEOLIBERALE WENDE

Gemäß der liberalen Denkweise hätte der Staat das Privatkapital die Folgen seines schlechten Managements allein tragen lassen müssen. Aber nach dem Vorbild der englischen Politik von Margaret Thatcher greift der Staat massiv ein und ermöglicht es dem Privatkapital, sich aus ganzen Bereichen der industriellen Tätigkeit, die als unrentabel gelten, zurückzuziehen.

Die Krise beendet eine Politik der bedarfsorientierten Investitionen und wird die Entwicklung einer angebotsorientierten Wirtschaft ermöglichen, d. h. einer Wirtschaft, die die Produktion der Unternehmen fördert, indem sie alles beseitigt (dereguliert), was diese als Bremse oder Hindernis für den Umlauf ihrer Waren wahrnehmen...

Das ist ein Paradigmenwechsel! Der restriktive Umgang mit den Finanzen der öffentlichen Hand ebnet den Weg für eine tiefgreifende Veränderung der staatlichen Wirtschaftspolitik. Sie wechselt von einer "intervenierenden" Politik hin zu einer Politik der "Privatisierung"⁴. Parallel zu den Staatsreformen verändert sich der gesamte öffentliche Sektor, und es kommt zu den ersten Monopolbrüchen im Telekommunikationsbereich oder zur Erlaubnis, Tochtergesellschaften in der Privatwirtschaft zu gründen.

Der von der CGSP angeführte Streik im September 1983 zeigte die Kampfbereitschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Ihr Widerstand gegen die liberalen Strömungen hat es ermöglicht, die mit Sparmaßnahmen und Privatisierungen verbundenen sozialen Katastrophen zu verzögern und abzumildern. In einer Zeit, in der unsere Regierungen erneut den Geist der Staatsverschuldung heraufbeschwören, gilt es, das Vermächtnis der Geschichte nicht zu vergessen. Denn: Wenn erst einmal alles in privater Hand ist, werden wir mit leeren Händen dastehen!



3. ACiDe (Audit citoyen de la dette), Aux origines de la dette de la ville de Liège (Zu den Ursprüngen der Schulden der Stadt Lüttich), Juli 2014, www.cadtm.org.

4. Gabriel Maissin, "La Belgique sur le sentier du néolibéralisme" (Belgien auf dem Pfad des Neoliberalismus), Éconosphères, Juni 2012, www.econospheres.be.

LE TEMPS DES CERISES, DAS LIED DER ERINNERUNG, DIE ICH IM HERZEN TRAGE

Das Lied *Le Temps des cerises* ist eng mit der Geschichte der Pariser Kommune verbunden. Es wurde allerdings bereits 1866 von Jean-Baptiste Clément geschrieben, also fünf Jahre vor den tragischen Ereignissen im Frühjahr 1871. Zwei Jahre später komponierte der belgische Tenor Antoine Renard die uns bekannte Melodie. Auch heute noch ist das Lied ein Symbol des Kampfes und der Hoffnung, das die Liebe mit unserem höchsten Streben nach Freiheit verbindet.

Wie wurde aus einem Liebeslied, das die fröhliche Nachtigall erwähnt, ein revolutionäres Lied, ein Emblem der Kommune und später ein Symbol für den Widerstand des französischen Volkes? Auf den ersten Blick hätte *Le Temps des cerises* nur ein nostalgisches Sommerlied sein können. Doch der Komponist, Jean-Baptiste Clément, verbindet in poetischen Metaphern Kirschen mit Blutstropfen und Wunden mit jenen der heldenhaften Barrikadenverteidiger der Kommune und macht somit daraus eine Legende.

JEAN-BAPTISTE CLÉMENT, EIN STERN AM FIRMAMENT



Tatsächlich ist Jean-Baptiste Clément selbst ein sozialistischer Aktivist und gewählter Vertreter der Kommune: Er war Bürgermeister der Commune Libre de Montmartre.¹

Er wurde 1836 geboren und war zunächst Bronzemonteur und später Journalist. Er arbeitete unter anderem an Jules Vallès' *Cri du Peuple* mit, wo er sich heftig gegen Kaiser Napoleon III. stellte. Dies führte dazu, dass er nach Belgien ins Exil gehen musste, wo er

im Alter von 30 Jahren *Le Temps des cerises* schrieb. Als er nach Paris zurückkehrte, wurde er festgenommen und zwei Jahre lang inhaftiert.

Auf dem Hügel des Montmartre kämpft er am 18. März 1871 an vorderster Front. Am 28. Mai, dem letzten Tag der *blutigen Woche*, verlässt er als letzter die letzte noch Widerstand leistende Barrikade.²

Es gelingt ihm, aus Paris zu fliehen, er gelangt nach Belgien und flüchtet nach London, wo er seinen Kampf fortsetzt. Er wird 1874 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, aber 1880 begnadigt. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich ist er an der Gründung des *Parti ouvrier socialiste révolutionnaire* beteiligt, bevor er 1903 stirbt. Am Rande der Misere tritt er die Rechte an seinem Lied im Tausch gegen einen Mantel an seinen Musiker Antoine Renard ab... Er ruht auf dem Friedhof Père Lachaise... unter einem Kirschbaum!



KIRSCHEN SO ROT WIE DIE FAHNE DER AUFSTÄNDISCHEN

Obwohl *Le Temps des cerises* während der zwei Monate der Kommune nie gesungen wurde, machte sich das Volk Anfang der 1880er Jahre das Lied zu eigen und brachte es mit dem Pariser Aufstand in Verbindung. Übrigens wurde diese Verbindung von Jean Baptiste Clément selbst hergestellt, als er das Lied 1885 "La vaillante citoyenne Louise, ambulancière de la rue Fontaine-au-roi, le dimanche 26 mai 1871"³ („der mutigen Bürgerin Louise, Ambulanzfahrerin der Rue Fontaine-au-roi, Sonntag 26. Mai 1871“, Anm. d. Übers.) widmete.

Die Reime des Liedes sind voller übersteigter Gefühle, wie die Kirschen, die im Mai blühen und sich mit Sommer und Hoffnungen vollsaugen. Sie sind wie eine Metapher: Die Kirschen, rot wie die Fahne der Aufständischen und die Barrikaden in der Blutigen Maiwoche, "tombent sous la feuille en gouttes de sang". "C' est de cet temps-là que je garde au coeur une plaie ouverte!" hat die kollektive Fantasie beflügelt und sie mit einer schwarzen Sonne umhüllt, die gleichermaßen von Melancholie und der Sehnsucht nach Freiheit und glücklichen Tagen geprägt ist.

Dieser Erfolg ist bis heute ungebrochen. Als Lied des Widerstands und des Zusammenhalts verhöhnte Charles Trenet damit 1942 die Nazis! Yves Montand, Jean Ferrat oder Léo Ferré haben es mit Verve interpretiert. Coluche spielte die Melodie mit Boxhandschuhen auf der Geige – welch ein Symbol!

1. https://fr.wikipedia.org/wiki/Jean-Baptiste_Cl%C3%A9ment.

2. Die *Blutige Woche* von Sonntag, dem 21. bis Sonntag, dem 28. Mai 1871, bezeichnet die Schlussepisode der Pariser Kommune von 1871, in der der Aufstand niedergeschlagen und seine Mitglieder massenhaft hingerichtet wurden.

3. https://fr.wikipedia.org/wiki/Le_Temps_des_cerises.

DIE IRW VERLEIHT IHREN ERSTEN PREIS

Am 20. März überreichte der Vorstand der IRW-CGSP den Preis der wallonischen Interregionalen an Herrn Hugo Frères, Absolvent der Politikwissenschaften an der Universität Lüttich (Jahrgang 2021-2022), für dessen Abschlussarbeit mit dem Titel: "Comment le Comité d'étude du vieillissement fait de la politique ?". (Auf Deutsch etwa: Inwieweit betreibt das Komitee für Altersforschung Politik?)

Dieser Preis, der jährlich verliehen werden soll, setzt sich zum Ziel, Arbeiten von Studierenden, die zu einem besseren Verständnis der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen beitragen und auf diese Weise die Denkprozesse unserer Organisation bereichern, hervorzuheben. Er ermöglicht es uns auch, Beziehungen zur Forschungswelt aufzubauen.

Die Arbeit von Herrn Hugo Frères liefert eine klare und begründete Kritik an der Verwendung von Wirtschaftsmodellen. Es ist eine Tatsache, dass diese Modelle nicht in der Lage sind, die Komplexität der Realität zu spiegeln. Was aber noch schwerer wiegt, ist, dass sie durch die Wahl der Hypothesen und Gleichungen, aus denen sie sich zusammensetzen, eine von ideologischen Entscheidungen beeinflusste Darstellung der Welt und der sozialen Beziehungen vermitteln. Aus diesem Grund sind die Antworten, die in solchen Simulationen gegeben werden, zwangsläufig begrenzt, partiell und einseitig.

In seiner Arbeit beschäftigt er sich insbesondere mit der Frage des Älterwerdens. Das HERMÈS-Modell, das zur Simulation der Entwicklung der Ausgaben im Alter verwendet wird, beruht auf einem sogenannten "neoklassischen" Ansatz der Wirtschaft, der die Produktion (von Gütern und Dienstleistungen) als Motor des Wirtschaftswachstums bevorzugt. Diese Betrachtungsweise führt zwangsläufig dazu, dass das Älterwerden der Bevölkerung (sowie alle Sozialausgaben) als Kosten eingestuft werden. Zu den



Lösungsansätzen werden demnach immer Kostensenkungen (also Senkung der Renten) und eine Laufbahnverlängerung gehören. Das HERMÈS-Modell ist beispielsweise nicht in der Lage, im Fall von kollektiver Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnneinbußen und mit zusätzlichen Einstellungen von positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum auszugehen. Dies ist schlichtweg nicht in dessen Arbeitshypothesen vorgesehen.

Diese Abschlussarbeit macht deutlich, dass der Diskurs der Experten politisch nicht neutral ist, und bestätigt daher die Notwendigkeit für eine Organisation wie die unsere, ein eigenes Modell zu entwickeln und dieses bekannt zu machen.

INTERVIEW MIT DEM PREISTRÄGER

1. Worin besteht die Arbeit des Komitees für Altersforschung (CEV)?

Das Komitee für Altersforschung wurde vor zwanzig Jahren gegründet und legt seitdem jedes Jahr Mitte Juli seinen Bericht vor¹. Zweck war damals die technische Umsetzung einer breit aufgestellten Strategie zur Vorfinanzierung der Alterungskosten, die Anfang der 2000er Jahre in Belgien beschlossen wurde. Das Komitee soll langfristig die budgetären Kosten der älter werdenden Bevölkerung quantifizieren, in den ersten Berichten zunächst bis zum Jahr 2050 und in den folgenden Jahresberichten bis zum Jahr 2070.

Es sei darauf hingewiesen, dass zu diesen budgetären Kosten natürlich die Renten zählen, aber nicht nur: Dazu gehören auch die Haushaltsausgaben für das Gesundheitswesen und für Arbeitslosigkeit. In diesem Bericht werden demnach alle "Sozialausgaben" im weiteren Sinne analysiert, und nicht nur die Renten, wie man auf den ersten Blick meinen könnte.

Die Hochrechnungen des CEV werden dann von der Abteilung "Finanzierungsbedarf" des Obersten Finanzrats, zu dessen Gremien das Komitee CEV übrigens zählt, herangezogen, um Stellungnahmen und Empfehlungen zu den

politischen Maßnahmen abzugeben, die zur Erreichung der Haushaltsziele umgesetzt werden müssen.

Die CEV-Analysen sind demnach wie eine Abbildung des Belgiens von morgen, auf die sich die politischen Entscheidungsträger bei ihren gemeinsamen Beschlüssen stützen werden.

2. Wie wird dieser Jahresbericht erstellt und welche Daten werden verwendet?

Für diesen Bericht berechnet das Komitee als Hauptindikator die Entwicklung der "Haushaltskosten in Verbindung mit dem Altern", die sich aus dem Verhältnis der "Sozialausgaben" (und nicht nur der Renten) zum "Bruttoinlandsprodukt (BIP)", das die wirtschaftliche Entwicklung des Landes misst, ergeben. Das CEV projiziert also demografische, soziale und wirtschaftliche Daten anhand von mehreren kleinen, aggregierten Modulen, um diesen Indikator zu berechnen, und stützt sich dabei auf ein ökonomisches Modell, d. h. eine Computersoftware, eine Vereinfachung der Welt. Das verwendete Modell ist ein sogenanntes neoklassisches Angebotsmodell: Es übersetzt die wichtigsten Aggregate und Logiken der neoklassischen Theorie, der derzeit vorherrschenden Strömung in der Wirtschaft.

In diesem Indikator der budgetären Ausgaben für die Alterung übt der Faktor Wachstum also einen starken Einfluss, da die Sozialausgaben im Verhältnis dazu betrachtet werden. Je höher das Wachstum, desto mehr werden die Kosten der Alterung mechanisch reduziert. Um in diesem Modell das langfristige BIP zu berechnen, greift man jedoch als wichtigste Eckdaten auf die Arbeitslosenquote und die Produktivität zurück. Zur Ermittlung der künftigen Entwicklung des Wachstums, fragt man sich hauptsächlich, wie viele Menschen mit welcher Produktivität arbeiten werden.

3. Welche Rolle spielt dieser Jahresbericht des CEV in der politischen Debatte über die Renten?

Zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung ruft der Bericht jedes Jahr zahlreiche Reaktionen auf Seiten von Wirtschaftswissenschaftlern, politischen Parteien und Arbeitgebern hervor. Gruppierungen von Wirtschaftswissenschaftlern verfassen und veröffentlichen dann Stellungnahmen², in denen sie ankündigen, die öffentlichen Finanzen seien nicht mehr nachhaltig, es gäbe zu viele Sozialausgaben, und häufig werden dabei die Renten in Frage gestellt.

Dies ist eine Möglichkeit, Druck zugunsten ihrer Agenda auszuüben, die entweder darin besteht, Sozialausgaben zu kürzen, oder aber die zweite Rentensäule ausbauen, das Steckenpferd der Liberalen und der Arbeitgeber.

Der Bericht des CEV wird als rein technisch, neutral und objektiv dargestellt, aber keine Wissenschaft ist völlig neutral. Jede Wissenschaft beinhaltet einen gewissen Grad an Subjektivität. Meine Arbeit bestand darin, aufzuzeigen, inwiefern das verwendete ökonomische Modell in Wirklichkeit Politik betreibt. Dieser Bericht - und das ökonomische Modell, das ihm zugrunde liegt - schafft einen Rahmen für die Debatten, ein Narrativ. Die Musik im Hintergrund tönt, dass es keine Alternative gibt, dass es keine zigtausende Lösungen gibt, diese Sozialausgaben zu bewältigen, die wegen des Babybooms und der alternden Bevölkerung ansteigen werden. Dass es nur eine Möglichkeit gibt: „kollektiv länger arbeiten zu gehen“.



Hugo Frères

Wenn sich die Politiker an das Föderale Planungsbüro wenden, um angesichts dieser Herausforderung nach Lösungen zu suchen, was wird man ihnen antworten? Dass man das BIP steigern muss. Und um in diesem Modell das BIP anzuheben, müssen die Menschen mehr arbeiten. Die umzusetzenden Maßnahmen scheinen also auf der Hand zu liegen: Der einfachste Weg ist, sich gegen jede Maßnahme der Arbeitszeitverkürzung zu wehren, die Berufslaufbahn zu verlängern, damit mehr Menschen länger arbeiten, mehr BIP produziert wird, wodurch die relativen Kosten des Alterns mechanisch sinken.

4. Wie könnte man gegen diesen Ansatz gegenüber Fragen des Alterns vorgehen?

Die Sozialausgaben werden nicht auf Grundlage des BIP bezahlt, auch wenn das BIP ein korrekter Indikator für die Analyse ihrer Entwicklung ist. Sozialausgaben werden durch Einnahmen bezahlt, das ist der Grundsatz eines jeden Haushalts. Hat man die Sozialausgaben sehr langfristig modelliert, wäre es sinnvoll, auch die Einnahmen auf lange Sicht zu modellieren, damit die Ausgaben ihren unmittelbaren Finanzierungsquellen gegenübergestellt werden können, d. h. den Einnahmen des Staatshaushalts (und nicht der Entwicklung des Wirtschaftswachstums des Landes, wie es der CEV tut).

1. https://www.plan.be/databases/data-33-fr-rapport_annuel_de_juillet_2020_du_comite_d_etude_sur_le_vieillessement.

2. Zum Beispiel : <https://www.lecho.be/opinions/general/nos-finances-publiques-sont-dans-un-etat-dramatique/10401612.html>, 14. Juli 2022.

BEWERBUNGSAUFRUF



FÖDERALE CGSP

SATZUNGSGEMÄSSER KONGRESS AM 7. JUNI 2024

Im Rahmen des satzungsgemäßen, föderalen Kongresses der CGSP am 7. Juni 2024 wird über die Interregionalen ein Aufruf zur Einreichung von Kandidaturen veröffentlicht.

In diesem Zusammenhang bittet das BEF die Gremien der drei Interregionalen, einen Aufruf zur Einreichung von Kandidaturen für die Mandate der fünf Mitglieder des Ständigen Sekretariats sowie der drei Mitglieder des Rechnungsprüfungsgremiums zu veröffentlichen

FÜNF MITGLIEDER DES STÄNDIGEN SEKRETA-RIATS

- Zwei föderale Generalsekretäre ("unterstützt" von ihrer Sprachgruppe und gewählt durch den föderalen Kongress):
 - Französischsprachig: Michel Meyer, ausscheidender und nicht wiederwählbarer Vorsitzender;
 - Niederländischsprachig: Chris Reniers, ausscheidende und wiederwählbare Vizevorsitzende
- Drei interregionale Generalsekretäre (von ihren Interregionalen gewählt und durch den föderalen Kongress ratifiziert):
 - VLIG: Werner Roelandt, ausscheidend und wiederwählbar;
 - IRW: Patrick Lebrun, ausscheidend und wiederwählbar;
 - IRB: Rudy Janssens, ausscheidend und nicht wiederwählbar.

DREI RECHNUNGSPRÜFER

- Der föderale Kongress nimmt auch die Wahl von drei Rechnungsprüfern vor ("unterstützt" durch ihre Interregionale und durch den föderalen Kongress gewählt).
 - VLIG: Jef De Doncker, ausscheidend und wiederwählbar;
 - IRW: Marcel Bourguignon, ausscheidend und wiederwählbar;
 - IRB: noch festzulegen.

AUSZÜGE AUS DER GGSP-SATZUNG

Anlage III Wahl der Mitglieder des Ständigen Sekretariats. Anwendung von Artikel 16:

- Die Kandidaturen werden über eine Interregionale beim Vorsitzenden der Zentrale eingereicht.
- Nur die Sektoren und sektorübergreifende Regionalen können Kandidaten für die Interregionalen nominieren,

aber sie dürfen nur eine Kandidatur pro zu besetzendes Amt einreichen.

- Die Sprachgruppen organisieren die „Patenschaft“.
- Um entsprechend unterstützt zu werden, muss der Kandidat mindestens 50 % der Stimmen seiner Sprachgruppe erhalten.
- Die Mitglieder des Ständigen Sekretariats der Zentrale gelten von Amts wegen als Kandidaten für die Wiederwahl ihres Mandats, es sei denn, sie treffen eine andere Entscheidung.
- Die Wahl der Generalsekretäre der Interregionalen wird vom föderalen Kongress ratifiziert.

Anhang V - Wahl der Rechnungsprüfer

Die Kandidaturen werden über die Interregionalen beim Vorsitzenden der Zentrale eingereicht.

- Nur Sektoren und sektorübergreifende Regionale können Kandidaten für die Interregionalen nominieren, aber sie dürfen nur eine Kandidatur pro zu besetzendes Amt einreichen.
- Die Interregionalen organisieren die „Patenschaft“.
- Um unterstützt zu werden, muss ein Kandidat mindestens Folgendes erhalten
- 50 % der Stimmen seiner Interregionalen. Der föderale Kongress wählt die Rechnungsprüfer.

Artikel 49a:

Jeder Bewerber für ein Amt als Ständiger Sekretär unterschreibt bei Einreichung seiner Kandidatur ein Formular Modell A, wie beschrieben in Anhang VIII dieser Satzung, wodurch er sich im Falle seiner Wahl verpflichtet, die darin festgelegten Verpflichtungen in Bezug auf die Finanzverwaltung und Buchhaltung zu erfüllen.

KANDIDATEN

Gemäß Artikel 16 und den Anhängen III und V der Satzung der föderalen CGSP und gemäß den Geschäftsordnungen der jeweiligen Interregionalen müssen die Kandidaturen über eine Interregionale bis spätestens Donnerstag, den 29. Juni 2023 um 12 Uhr bei Michel Meyer, Präsident der CGSP/ACOD, Maison des Huit Heures, Place Fontainas 9/11 in 1000 Brüssel, eingereicht werden.

BEWERBUNGSAUFRUF



WALLONISCHE INTERREGIONALE DER CGSP

SATZUNGSGEMÄSSER KONGRESS AM 30. UND 31. MAI 2024

Der satzungsgemäße Kongress der IRW-CGSP wird am 30. und 31. Mai 2024 stattfinden. Die betroffenen Mandate sind derzeit wie folgt besetzt:

- IRW-Generalsekretär: Patrick Lebrun, ausscheidend und wiederwählbar;
- Stellvertretender IRW-Generalsekretär: Laurent Pirnay, ausscheidend und wiederwählbar.

Vier Rechnungsprüfer, zwei aus den sektorübergreifenden Regionalen und zwei aus den Sektoren: Didier Nicaise, Stephan Thoumsin und Alphonse Vanden-broucke sind ausscheidend und können wiedergewählt werden; das vierte Mandat (einer Regionalen) ist vakant.

In der föderalen CGSP sind folgende Mandate zu vergeben:

- Föderaler Generalsekretär: Michel Meyer (Vorsitzender), ausscheidend und nicht wieder wählbar;

- Rechnungsprüfer: Marcel Bourguignon, ausscheidend und wiederwählbar.

In den Anhängen III und V der CGSP-Satzung heißt es, dass:

"nur die Sektoren und sektorübergreifende Regionalen können über die Interregionalen Kandidaten nominieren, aber sie dürfen nur eine Kandidatur pro zu besetzendes Amt einreichen".

Eventuelle Bewerbungen müssen über die Sektoren oder Regionalen bis spätestens Donnerstag, den 29. Juni 2023 um 12.00 Uhr bei Philippe BARBION, Präsident der IRW-CGSP, Espace Solidarité, rue de Namur 47, 5000 Beez, eingehen.

Darüber hinaus wird der Kongress die von den Regionalen und Sektoren vorgeschlagenen Kandidaten für den Exekutivausschuss der IRW-CGSP und den Exekutivausschuss der föderalen CGSP bestätigen müssen.



INTERREGIONALE BRÜSSEL IRB-CGSP

SATZUNGSGEMÄSSER KONGRESS AM 31. MAI 2024

Der satzungsgemäße Kongress der Interregionalen Region Brüssel IRB- CGSP findet am Freitag, den 31. Mai 2024 statt.

Es wird zur Einreichung von Bewerbungen für das Mandat des Generalsekretärs des IRB-CGSP aufgerufen, das derzeit von Rudy JANSSENS wahrgenommen wird, der aus dem Amt scheidet, nicht wiedergewählt werden kann und dessen Amtszeit am 31. Mai 2004 endet.

Nur die Sektoren der Interregionalen können eine Kandidatur pro Mandat einreichen.

Die Kandidaturen sind schriftlich bis zum 29. Juni 2023 um 12 Uhr einzusenden an:

Brecht Vandermeiren, Präsident
Boulevard Emile Jacqmain, 20 - 1000 Brüssel



DANKJE



Die öffentlichen Dienste sind Euch näher denn je

